



SATZUNG ZUR NEUFASSUNG DER BEITRAGSORDNUNG DER ARCHITEKTENKAMMER NIEDERSACHSEN

Die Vertreterversammlung der Architektenkammer Niedersachsen hat am 28.04.2022 aufgrund der §§ 27 Abs. 1 S. 2, 32 Abs. 3 Nr. 1 Niedersächsisches Architektengesetz (NArchtG) vom 25.09.2017 (Nds. GVBl. S. 356), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10.11.2021 (Nds. GVBl. S. 739), die folgende Satzung zur Neufassung der Beitragsordnung der Architektenkammer Niedersachsen beschlossen.

Artikel 1

Neufassung der Beitragsordnung der Architektenkammer Niedersachsen

Die Beitragsordnung der Architektenkammer Niedersachsen wird wie folgt neu gefasst:

„BEITRAGSSATZUNG DER ARCHITEKTENKAMMER NIEDERSACHSEN

§ 1 Beitragspflicht

(1) Die Architektenkammer Niedersachsen erhebt nach Maßgabe des Niedersächsischen Architektengesetzes zur Deckung der haushaltsplanmäßigen Verpflichtungen Mitgliedsbeiträge. Die Beiträge sind öffentliche Abgaben.

(2) Beitragspflichtig sind alle Mitglieder der Architektenkammer Niedersachsen.

§ 2 Beginn und Ende der Beitragspflicht

(1) Die Beitragspflicht entsteht mit Beginn des Monats, in dem das Mitglied in die Architektenliste oder die Liste der Juniormitglieder eingetragen wird.

(2) Die Beitragspflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Eintragung in die Architektenliste oder die Liste der Juniormitglieder gestrichen wird.

(3) Bei Tod eines Mitglieds endet die Beitragspflicht mit Ablauf des Monats, in dem der Todesfall eingetreten ist.

§ 3 Beitragspflicht bei Ersteintragung und Wechsel der Beschäftigungsart

(1) Mitglieder, die im Beitragsjahr erstmalig in die Architektenliste in einer selbstständig tätigen Berufsausübung eingetragen wurden, zahlen für das betreffende Beitragsjahr den Beitrag für Mitglieder in nichtselbstständiger Beschäftigungsart.

(2) Wechseln selbstständig tätige Mitglieder die Beschäftigungsart, so entsteht im Falle unterschiedlicher Beitragssätze die neue Beitragspflicht mit Beginn des Monats, der der geänderten Eintragung in die Architektenliste (Umschreibung der Beschäftigungsart) folgt.

(3) Wechseln Mitglieder erstmalig aus einer nichtselbstständigen Beschäftigungsart in eine selbstständig tätige Beschäftigungsart, so entsteht die Pflicht zur Zahlung des erhöhten Beitrages mit Beginn des Kalenderjahres, das der geänderten Eintragung in die Architektenliste (Umschreibung der Beschäftigungsart) folgt.

(4) Die Mitglieder sind verpflichtet, jede Änderung der Beschäftigungsart der Architektenkammer Niedersachsen unverzüglich anzuzeigen. Kommt ein Mitglied dieser Verpflichtung

nicht nach oder legt es die für eine Umschreibung erforderlichen Nachweise nicht unverzüglich vor, kann der Differenzbetrag aus unterschiedlichen Beitragshöhen rückwirkend bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Änderung der Beschäftigungsart nachgefordert werden, wenn eine unverzügliche Anzeige der Änderung bzw. Vorlage der Nachweise zur Erhebung eines höheren Beitrags geführt hätte.

(5) Wechseln Juniormitglieder in die Architektenliste, so entsteht die Pflicht zur Zahlung des Beitrages für Pflichtmitglieder mit Beginn des Kalenderjahres, das der geänderten Eintragung folgt.

§ 4 Beitragsfestsetzung und Beitragshöhe

(1) Die Beiträge werden in der Höhe nach eingetragenen Beschäftigungsarten gestaffelt. Der Beitrag beträgt für jedes Kalenderjahr (Beitragsjahr)

- für Mitglieder die in einer selbstständig tätigen Beschäftigungsart eingetragen sind (freischaffend oder baugewerblich tätig) EUR 360,00

- für Mitglieder die in einer nichtselbstständigen Beschäftigungsart eingetragen sind (angestellt oder beamtet) EUR 180,00

Der Beitrag für Juniormitglieder beträgt für jedes Kalenderjahr (Beitragsjahr) EUR 60,00.

(2) Die Vertreterversammlung beschließt jedes Jahr unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Kammer einen Hebesatz als Multiplikator für die Beiträge aus Abs. 1 und die geminderten Beiträge aus §§ 6 und 7. Dieser wird in der Haushaltssatzung auf Grundlage des Haushaltsplans beschlossen.

(3) Für die Bemessung der Beitragshöhe ist die in der niedersächsischen Architektenliste eingetragene Beschäftigungsart zum Zeitpunkt der Erhebung des Beitrags maßgebend.

(4) Die Beiträge aus Abs. 1, der Hebesatz und die Beiträge unter Berücksichtigung des Hebesatzes sind jährlich nach § 17 der Hauptsatzung zu veröffentlichen.

§ 5 Fälligkeit des Beitrags, Beitragsbescheid

Der Beitrag wird als Jahresbeitrag für das Kalenderjahr erhoben. Er ist innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Beitragsbescheides zu entrichten.

§ 6 Beitragsermäßigung aufgrund der finanziellen Leistungsfähigkeit

(1) Mitglieder in selbstständig tätiger Berufsausübung zahlen auf Antrag in Textform den Beitrag für Mitglieder in nichtselbstständiger Berufsausübung, wenn die Höhe ihrer berufsbezogenen Einnahmen aus dem dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahr EUR 52.500,00 unterschreiten.

(2) Mitglieder zahlen auf Antrag in Textform einen Beitrag in Höhe von EUR 60,00, wenn die Höhe ihrer berufsbezogenen Einnahmen aus dem dem Beitragsjahr vorausgehenden Jahr EUR 17.500,00 unterschreiten.

§ 7 Beitragsermäßigung aufgrund von Altersregelung

(1) Mitglieder, die seit dem letzten Jahr vor dem Beitragsjahr mindestens das 65. Lebensjahr vollendet haben und infolge Alters (Ruhestand) den Beruf auf Dauer nicht mehr ausüben, zahlen auf Antrag in Textform einen Beitrag in Höhe von EUR 60,00.

(2) Mitglieder, die zu Beginn des Beitragsjahres das 70. Lebensjahr vollendet haben, zahlen auf Antrag in Textform einen Beitrag in Höhe von EUR 60,00.

(3) Mitglieder, die vor dem 01.01.2003 von der Zahlung des Beitrages nach § 4 Abs. 4 Beitragsordnung a.F. befreit waren, bleiben befreit. Mitglieder, denen vor dem 01.01.2003 gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 oder 3 Beitragsordnung a.F. eine Beitragsermäßigung gewährt wurde, zahlen ohne weiteren Antrag den Beitrag in Höhe von EUR 60,00 (Übergangsvorschrift).

§ 7 a Beitragsermäßigungen wegen Doppelmitgliedschaft

Pflichtmitglieder, die auch bei der Ingenieurkammer Niedersachsen beitragspflichtig sind, zahlen auf Antrag in Textform nur $\frac{3}{4}$ des Beitrags aus § 4 Abs. 1 und 2.

§ 8 Verfahren bei Anträgen auf Beitragsermäßigung

(1) Der Antrag auf Beitragsermäßigung ist bei der Architektenkammer Niedersachsen innerhalb einer Frist von sieben Wochen nach Zugang des Beitragsbescheides in Textform zu stellen. Maßgeblich für die Wahrung der Frist ist der Zugang bei der Architektenkammer Niedersachsen. Wird die Frist nicht eingehalten, ist der Antrag abzulehnen (Ausschlussfrist). In den Fällen des § 6, § 7 Abs. 1 und § 7 a sind dem zu begründenden Antrag geeignete Nachweise zur Beurteilung der Ermäßigungsvoraussetzungen beizufügen. Von der Architektenkammer Niedersachsen zur Ergänzung des Antrags geforderte Angaben und Unterlagen sind innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen; wird die Frist nicht gewahrt, kann der Antrag abgelehnt werden.

(2) Anträge auf Beitragsermäßigung gemäß § 6 und § 7 a sind in jedem Beitragsjahr neu zu stellen.

§ 9 Einnahmen

(1) Unter Einnahmen ist bei einer selbstständig tätigen Berufsausübung der Honorarumsatz nach Abzug der Umsatzsteuer zuzüglich eventueller Einnahmen aus berufsbezogenen Nebentätigkeiten zu verstehen. Bei einer baugewerblichen Betätigung zählen zu den Einnahmen auch Einnahmen aus ihrer berufsbezogenen gewerblichen Tätigkeit. Im Falle einer Beteiligung eines Mitgliedes an einer Gesellschaft, werden diesem die Einnahmen der Gesellschaft nach dem Prozentsatz seiner Beteiligung zugerechnet.

(2) Unter Einnahmen sind bei einer nichtselbstständigen Berufsausübung sämtliche Bruttovergütungen im Sinne vom § 19 Abs. 1 Einkommensteuergesetz aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zuzüglich eventueller Einnahmen aus berufsbezogenen Nebentätigkeiten und/oder Leistungen nach den Regelungen zur Arbeitsförderung nach dem Sozialgesetzbuch III zu verstehen.

(3) Berufsbezogen sind Einnahmen, die mit der Berufsausübung und/oder Berufsausbildung in einer Fachrichtung nach § 2 NArchTG in einem inneren Zusammenhang stehen. Erhalten Mitglieder Leistungen in Form von Nettozahlungen, ist eine Umrechnung auf den Bruttobetrag vorzunehmen. Werden Einnahmen aus selbständiger und nichtselbständiger Berufsausübung erzielt, sind beide Einnahmen anzurechnen.

§ 10 Stundung und Niederschlagung von Beiträgen

(1) Beiträge können auf Antrag in Textform gestundet werden, wenn die Zahlung für das Mitglied mit erheblichen Härten verbunden ist. Stundung kann für die Dauer von höchstens sechs Monaten gewährt werden, sofern dadurch der Beitragsanspruch nicht gefährdet wird. Dem zu begründenden Antrag sind zur Beurteilung des Härtefalls geeignete Nachweise beizufügen. Von der Architektenkammer Niedersachsen zur Ergänzung des Antrags geforderte Angaben und Unterlagen sind innerhalb einer angemessenen Frist nachzureichen; wird die Frist nicht gewahrt, kann der Antrag abgelehnt werden. Im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung aller Kammermitglieder ist an den Begriff der unbilligen Härte ein strenger Maßstab anzulegen.

(2) Beiträge können niedergeschlagen werden, wenn ihre Beitreibung keinen Erfolg verspricht oder wenn Aufwand und Kosten der Beitreibung in einem Missverhältnis zur Höhe der noch ausstehenden Beitragsschuld stehen.

§ 11 Bescheid zur Beitragsermäßigung und Stundung

Der Bescheid über einen Antrag auf Beitragsermäßigung oder Stundung ergeht in Textform, ist zu begründen und – soweit erforderlich – mit Angaben über die Voraussetzungen und den Zeitraum der Gültigkeit zu versehen.

§ 12 Erinnerung, Mahnung und Beitreibung

(1) Über Beiträge, die nach Fälligkeit nicht beglichen sind, ergeht zunächst eine Erinnerung, in der zur Zahlung innerhalb von zwei Wochen aufgefordert wird.

(2) Beiträge, die nach Ablauf der Zahlungsfrist aus Abs. 1 nicht beglichen sind, werden gebührenpflichtig nach Tarifstelle E Nr. 1 der Gebühren- und Auslagensatzung der Architektenkammer Niedersachsen – unter erneuter Setzung einer Zahlungsfrist von zwei Wochen – angemahnt. Werden mehrere Beitragsforderungen oder Kosten- und Beitragsforderungen gleichzeitig angemahnt, wird nur eine Mahngebühr erhoben. In der Mahnung ist die beitragspflichtige Person darauf hinzuweisen, dass bei Zahlungsverzug über die eingeräumte Nachfrist hinaus ein Säumniszuschlag in Höhe von 6 % des rückständigen Beitrages, mindestens jedoch EUR 10,00, erhoben wird. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass im Falle der Nichtzahlung innerhalb der Mahnfrist die Beitreibung der geschuldeten Beträge eingeleitet wird.

(3) Geleistete Zahlungen werden zunächst auf den Säumniszuschlag, dann auf die Mahngebühr und zuletzt auf die rückständige Beitragsforderung verrechnet.

(4) Bei erfolglosem Mahnverfahren werden rückständige Beiträge, Mahngebühr und Säumniszuschlag nach den Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung beigetrieben.

§ 13 Verjährung

Für die Verjährung von Forderungen aufgrund dieser Beitragssatzung gelten die Vorschriften über die Zahlungsverjährung in der jeweils geltenden Fassung der Abgabenordnung entsprechend.

§ 14 Rechtsbehelfe

(1) Gegen einen Verwaltungsakt aufgrund dieser Beitragssatzung ist innerhalb eines Monats, nachdem die Entscheidung der oder dem Beschwerden bekannt gegeben worden ist, der Rechtsbehelf der Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht zulässig. Die Klage ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Urkundsbeamtin oder dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts zu erheben. Sie ist gegen die Architektenkammer Niedersachsen zu richten.

(2) Rechtsbehelfe gegen Beitragsentscheidungen haben keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO).

§ 15 Anzuwendende Vorschriften

Soweit diese Beitragssatzung keine Regelung enthält, gelten die Vorschriften der Gebühren- und Auslagensatzung entsprechend.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Genehmigt durch das Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums
für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung vom 09.06.2022,
Az.: 21-32172/2025
gez. im Auftrage Oliver Dethlefs,
Ausgefertigt, Hannover, den 28.06.2022,
gez. Marlow, Präsident